

Waffenstillstand sofort!

Nein zum Krieg – Nein zum sozialen Krieg gegen das Volk

Einladung zur Veranstaltung am Samstag, 4. März 2023, 14 Uhr – 18 Uhr

KIEZRAUM auf dem Dragonerareal, Mehringdamm. 10963 Berlin

(hinter dem Parkplatz an der Rückseite des Finanzamtes)

In vielen Demonstrationen und Diskussionen werden folgende Forderungen erhoben, die wir zur Diskussion stellen:

- **Rückzug der Truppen von Putin – Abzug der Truppen aller Nato-Länder!**
- **Nein zur Sanktionspolitik gegen Russland, Nein zum Wirtschaftskrieg**, was Deutschland mit der Deindustrialisierung des Landes bezahlt und welche die Existenz der kleinen und Handwerksbetriebe und Millionen mit dem sozialen Absturz bedroht. ...

Wir sagen Nein zur Lieferung von Waffen, jetzt auch schwerer Waffen wie der Kampfpanzer Leopard.

Wir sagen Nein zu einer Eskalation des Krieges, die noch mehr Soldaten und Zivilisten töten, Städte und Dörfer zerstören und ihre Bewohner in die Flucht treiben wird.

- **Nein zu Milliarden für den Kriegshaushalt und zur Hochrüstung der Bundeswehr!**
- **Milliarden für Schulen, Krankenhäuser, Kommunen ...!**
- **Für Reallohnverteidigung! Inflationssichere Tariflöhne! Allgemeiner Preisstopp!**
- **Für Senkung der Höchstmieten, für einen Mietenstopp, der bezahlbare Mieten erzwingt!**

Setzen wir uns – vor allem in den Gewerkschaften – für eine organisierte Mobilisierung ein, welche die Widerstands- und Streikbewegungen zu einer wirklichen Kraft vereinigen kann.

Stopp der kriegstreibenden, sozialzerstörerischen und antidemokratischen Politik der Regierung Scholz

Die Initiative für diese Veranstaltung geht zurück auf ein Treffen am 28. November 2022 zu Fragen des Krieges in der Ukraine im Gewerkschaftsraum ver.di, die auf Einladung des *Arbeitskreises gegen Deregulierung und Privatisierung – für unabhängige Arbeitnehmerpolitik* und der Redaktion „*Soziale Politik & Demokratie*“ stattgefunden hat. Einlader sind: Gewerkschaftskolleg*innen, Beschäftigte von der Charité und Vivantes, Kolleg*innen um die „*Soziale Politik & Demokratie*“, Aktive aus dem Bündnis „*Heizung, Brot und Frieden*“ und aus der Friedenskoordination, sowie von „*aufstehen*“ und Unterstützer*innen des „*Aufrufs für eine populäre Linke*“.

Sprechen werden u.a.:

- Sevim Dagdelen, *MdB, Die Linke*;
- Harri Grünberg, *Bundesvorstand aufstehen*;
- Alexander King, *MdA, Die Linke, Erstunterzeichner des Aufrufs für eine populäre Linke*;
- Uwe Hixsch, *Bundesvorstand Naturfreunde*;
- Peter Witt, *Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Berlin Tempelhof-Schöneberg*;
- Marcus Staiger, *Heizung, Brot & Frieden*;
- Carla Boulboulé, *Redaktion „Soziale Politik & Demokratie“*;
- Barbara Majd-Amin, *Friedenskoordination Berlin*;
- französische Vertreter*innen der POI (Unabhängige Arbeiterpartei) und der LFI („Unbeugsames Frankreich“, Bewegung von Mélenchon);

Kolleg*innen aus weiteren Bundesländern, die sich im Kampf gegen den Krieg engagieren.

Es werden Grußadressen von Unterzeichner*innen des Aufrufs „Stopp dem Krieg“ erwartet, der in 17 europäischen Ländern unterstützt wird.

O Ich möchte weiter informiert werden

Name und Adresse, Organisation (zur Information):

Anmeldung und Kontakt: GotthardKrupp@t-online.de

**Beschäftigte im Öffentlichen Dienst mit ihrer Gewerkschaft ver.di:
Wir brauchen 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 500 Euro
Postler*innen: 15 %- „und können das auch durchsetzen!“ (ver.di)**

Für die Verteidigung des Reallohns plus

„Inflationstreiber sind der Krieg, die Sanktionen und die Preistreiberei markt-mächtiger Unternehmen,“ schreibt ver.di in seinen wirtschaftspolitischen Informationen vom Oktober 2022.

100 Milliarden für Kriegsausrüstung reichen nicht (Kriegs-Minister Pistorius), die Wehrbeauftragte des Bundestags, Högl (SPD), fordert 300 Milliarden Euro. Über 350 Milliarden Subventionen sollen an die Konzerne fließen zur „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“. Rüstungs- und Energieunternehmen verbuchen Rekordprofite.

Bezahlt wird mit einer Politik weiterer sozialer Grausamkeiten - mit immer schärferer Kaputtsparpolitik gegen den Öffentlichen Dienst, Krankenhäuser, Schulen und Kommunen...

Für fast alle Beschäftigten, Angestellte, Beamte und auch Pensionäre stellt sich die Frage, wie sie angesichts der hohen Energiekosten, stark gestiegenen Lebensmittelpreisen und Mieten über die Runden kommen sollen. Im November 2022 stieg die Teuerung sogar auf 10 %. Der Reallohnverlust erreichte im Jahr 2022 historisch hohe 4,7%.

Die Beschäftigten bei der Post sind sehr unterdurchschnittlich bezahlt, *vielen* im befristeten Arbeitsverhältnis. Der Weltkonzern Post erwartet für 2022 einen Rekordgewinn von 8,4 Milliarden Euro für die Anteilseigner – die Bilanz lohnender **Übersausbeutung**.

„Was Gerechtigkeit angeht, ist die Ampel blind“, so ver.di Chef Frank Werneke

Mit staatlichen und aus der Arbeitersozialkasse geförderten Einmalzahlung, - d.h., ein Almosen-Bonus statt tariflich gesicherte Lohnerhöhung, will Scholz erneut Lohnforderungen und vor allem das Tariflohnergebnis drücken. Mehr als 325.000 Mitglieder von ver.di haben sich an der ver.di-Umfrage zur Unterstützung der Forderung 10,5 % und 500 Euro monatlich mindestens beteiligt. Streikwelle bei der Post: mehrere 10.000e sind dem Aufruf von ver.di zu den Warnstreiks gefolgt!

Die Kampfbereitschaft ist da – die Kolleg*innen setzen damit ein Zeichen für alle Kolleg*innen

für die Verteidigung unserer Kaufkraft, unserer Lebensexistenz, für die Befreiung aus Armutslöhnen, gegen die Massenverarmung und soziale Not

Für tarifvertraglich vereinbarte inflationssichere Reallöhne plus!

Streiks und Demos in vielen Ländern Europas: Gegen den Krieg - gegen den sozialen Krieg gegen das Volk!

Frankreich 28. 1.: 2,8 Millionen gegen die „brutale“ Rentenreform im Streik und auf der Straße: „Milliarden für unsere Renten, für den öffentlichen Dienst, für unser Leben, für den Frieden - Nein zu den Milliarden für den Krieg!“

Massenstreiks in Großbritannien: „Der Kampf ist eng verbunden mit dem Kampf gegen die Regierungen, die einen sozialen Krieg führen, um die Arbeitnehmer die ganze Last der kriegerischen Eskalation tragen zu lassen“ (Gewerkschafter auf der Konferenz „Stop the War“ **Millionen Beschäftigte streiken für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, und für das Streikrecht.** „Wenn Sie eine Kampagne zur Erhöhung der Militärausgaben führen, führen sie eine Kampagne gegen die Ausgaben für Bildung, Gesundheit oder Industrie, die Sozialversicherung oder für die Industrie.“ (Andrew Murray, Gewerkschafter Unite, Vizepräsident der Koalition „Stop the War“).

**Kundgebung der Friedenskoordination Berlin
24. Februar 2023, 17 Uhr Brandenburger Tor
„Den Frieden gewinnen - nicht den Krieg
Stoppt den Krieg in der Ukraine!“**

Kontakt: Politischer Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik, GotthardKrupp@t-online.de